

SCHULEN

Rektoren gegen ein Handyverbot

Störungen im Unterricht, heimliche Fotos von Lehrern oder Mitschülern, Mobbing über das Handy: Mit all diesen Problemen sehen sich die Schulen konfrontiert. Die britische Regierung fordert nun ein komplettes Handyverbot an den Schulen. Schulleiter in Ludwigsburg sind sich einig: Das ist nicht umsetzbar.

VON CAROLIN SCHNEIDER

Eine Ankündigung in Großbritannien schwappt derzeit auch nach Deutschland: An englischen Schulen sollen demnach Handys komplett verboten werden – auch in den Pausen. Auch in Ludwigsburg machen sich die Schulleiter darüber Gedanken, Mitte Oktober soll das Thema bei einer Schulleiterrunde diskutiert werden, so Mathias Hilbert, geschäftsführender Schulleiter der Ludwigsburger Gymnasien.

Im Gespräch mit unserer Zeitung sagen alle befragten Schulleiter, dass ein absolutes Handyverbot nicht durchsetzbar sei. „Das Mitbringen von Handys ist nicht erwünscht, aber wir können es nicht verbieten“, sagt Christine Schumann, Rektorin der Grundschule im Schloßlesfeld. Dort besitzen fast alle Schüler bereits ein Smartphone oder eine Smartwatch. Ein Verbot widerspreche dem didaktischen Konzept seiner Schule, die Schülerinnen und Schüler zu einem kritischen und reflektierten Umgang mit digitalen Geräten anzuleiten, so Ulrich von Sanden, Schulleiter des Schiller-Gymnasiums. Überhaupt: Ein ausgeschaltetes Smartphone in der Schultasche mitzuführen, könne nicht verboten werden. „Ein Handy ist ja keine Waffe“, so von Sanden.

Bernhard Bleil, Rektor der Eberhard-Ludwig-Schule und als geschäftsführender Schulleiter für die Grund- und Realschulen sowie die Werkrealschulen und Gemeinschaftsschulen zuständig, sieht auch rechtliche Hürden. „Ein absolutes Handyverbot würde massiv in die Grundrechte von Schülerinnen und Schülern eingreifen.“

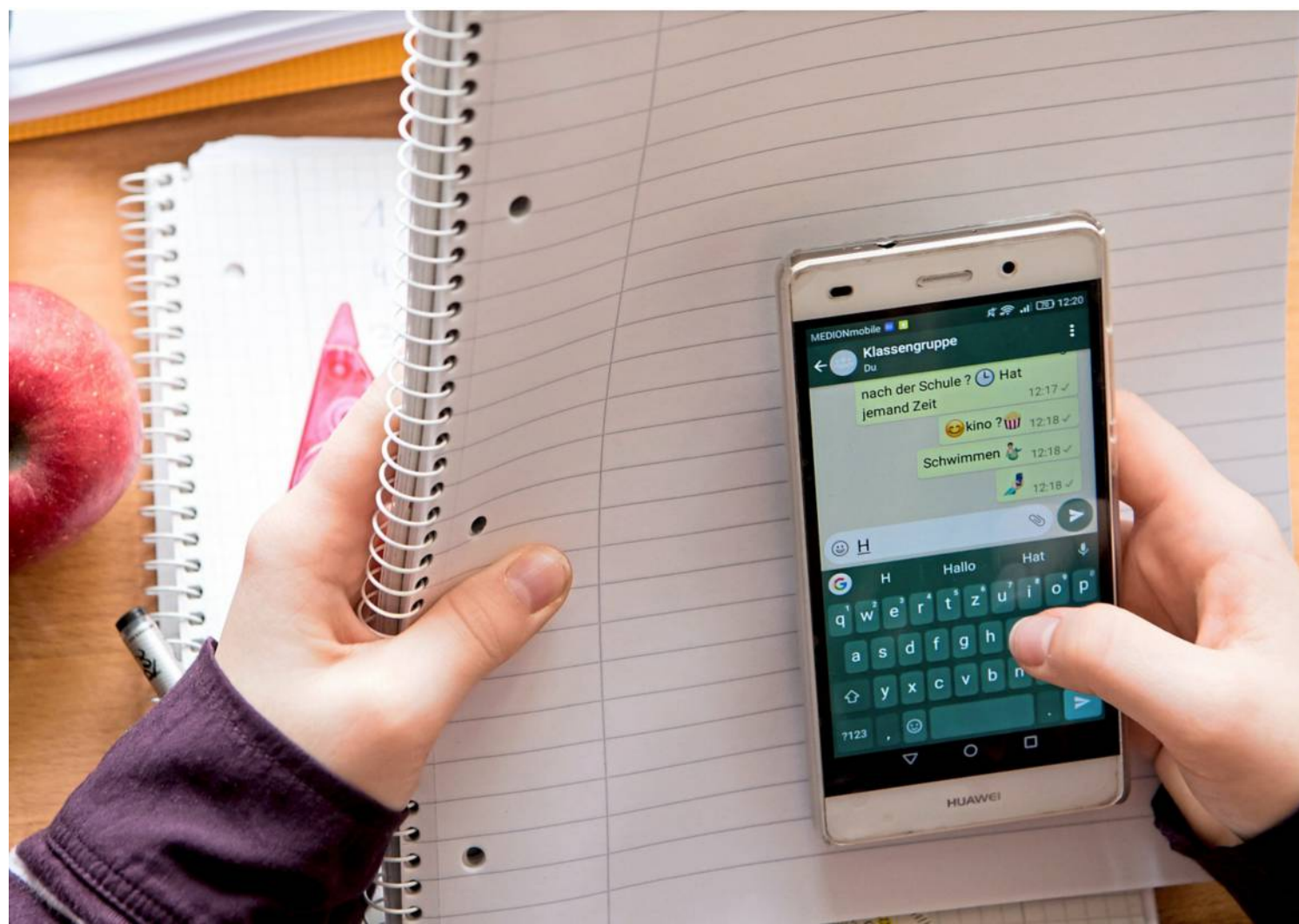
Ein Verbot sei in der Praxis weder umsetzbar noch kontrollierbar, sagt Wolfgang Ulshöfer, Leiter der Robert-Franck-Schule. An der Berufsschule sind die Schüler älter, für sie sei das Smartphone ein wichtiges Informations- und Kommunikationsmittel. „Ein generelles Handyverbot ist ein nicht vertretbarer Eingriff, der nicht in die Zeit passt“, sagt er.

Die Schule sei dafür da, auf das Leben



„Das Mitbringen von Handys ist nicht erwünscht, aber wir können es nicht verbieten.“

Christine Schumann
Schloßlesfeldschule



In den Schulen werden Smartphones immer öfter auch heimlich genutzt.

Foto: Sven Hoppe/dpa

vorzubereiten, so Ralf Broghammer, Rektor der Gemeinschaftsschule Ludwigsburg. Dazu gehöre auch die sinnvolle Nutzung digitaler Medien im Alltag. Er sieht trotzdem Probleme, besonders bei jungen Schülern. Mit zehn Jahren seien Kinder

komplett überfordert mit dem Smartphone, sie könnten nicht erfassen, was das Internet bedeutet. Dieses Problem müsse aber gesellschaftlich angegangen werden. „Wir können das in der Schule nicht auffangen.“

Das sieht auch Mathias Hilbert so: Die Schulen allein können das Problem nicht lösen. „Die Kinder schlafen nachts zum Teil ja sogar neben ihren Handys.“ Deshalb setzt er auf Präventionsarbeit durch einen Medienberater für die Schüler. Ralf Broghammer findet es wichtig, auch die Eltern zu informieren, mit welchen Tricks zum Beispiel bestimmte Apps oder Funktionen gesperrt und wie ihre Kinder geschützt werden können. „Dann können sie hineinwachsen in eine sinnvolle Handynutzung.“

An den Ludwigsburger Schulen gelten schon jetzt klare Regeln, was die Handynutzung angeht. Die entscheidet zwar jede Schule selbst, aber doch ähneln sie sich: In den allermeisten Fällen müssen die Handys ausgeschaltet in der Schultasche bleiben, sowohl während des Unterrichts als auch in den Pausen. Das ist in den jeweiligen Schulordnungen so festgelegt. „Eine sinnvolle Nutzung im Unterricht, etwa zur Recherche und unter Aufsicht des Lehrers, ist aber möglich“, so Hilbert.

Doch die Regel wird nicht immer eingehalten. „Wir Lehrkräfte kämpfen täglich mit der Durchsetzung“, so Bernhard Bleil. Vor allem in der langen Mittagspause sei es kaum durchsetzbar, ergänzt Ralf Broghammer.

Die Kinder an der Schloßlesfeldschule seien sich der Regel bewusst, so Christine Schumann. Nur selten müsse ein Smartphone abgenommen werden. „Wenn wir Handys abnehmen und bis zum Unterrichtsende im Sekretariat einschließen, erzielt das auch Wir-

kung“, sagt Christof Martin, Rektor des Goethe-Gymnasiums.

Durch die unkontrollierte Nutzung der Handys werde zum einen die grundsätzliche Konzentration gestört, sagt er. Aber auch die persönliche Auseinandersetzung mit Mitschülern komme dadurch zu kurz. „Sie sollen mehr persönlich miteinander sprechen und nicht digital“, so Martin.

An der Robert-Franck-Schule, wo viel mit Tablets gearbeitet wird, sei das Handy nicht das größte Problem. „Unsere Herausforderungen liegen vielmehr in der nicht sachgerechten Nutzung der Tablets für private Zwecke“, sagt Wolfgang Ulshöfer.

Besonders in Fluren, Pausenhöfen und Toiletten könnten Smartphones zum Problem werden, so Bleil. Denn dort würden unerlaubt Fotos oder Videos von anderen gemacht. Mobbing über das Handy sei während der Schulzeit weniger ein Problem. „Das findet nach meiner Erfahrung eher im außerschulischen Bereich statt.“



„Jüngere Kinder können nicht erfassen, was das World Wide Web bedeutet.“

Ralf Broghammer
Gemeinschaftsschule LB

LANDESERSTAUFNÄHME

Keine Bewegung beim Schanzacker

„Wir wissen nur, dass eine ergebnisoffene Prüfung stattfindet, mehr ist nicht bekannt.“ Wie Oberbürgermeister Matthias Knecht kürzlich auf Anfrage eines Bürgers im Gemeinderat sagte, gibt es keine Neuigkeiten in Sachen Schanzacker. Wie berichtet, soll hier eine Landeserstaufnahmeeinrichtung (Lea) für mindestens 1200 Geflüchtete entstehen, dagegen protestieren Tammer und Asperger wie deren Bürgermeister. Es gebe weder eine Bauanfrage noch Schritte, den Baubereich für dieses Gebiet im Tammerfeld, so Knecht auf Anfrage eines Mannes aus dem Publikum. Der Schanzacker liegt auf Ludwigsburger Markung. (ja)

TAMMERFELD

Dreiste Diebe sitzen jetzt in U-Haft

Wegen Diebstahls sitzen zwei Männer im Alter von 31 und 32 Jahren seit Montag in Untersuchungshaft. Ihnen wird zur Last gelegt, in Ludwigsburg einen mit hochwertigen Werkzeugteilen beladenen Auflieger gestohlen zu haben.

Den bisherigen Erkenntnissen zufolge führen die beiden Tatverdächtigen in der Nacht zum Montag gegen 2 Uhr mit einer Lkw-Zugmaschine auf das Gelände einer Speditionsfirma in der Carl-Benz-Straße. Dort sollen die beiden Männer einen Auflieger im Wert von etwa 30000 Euro, der mit Werkzeugteilen im Wert von zumindest 50000 Euro beladen war, an ihre Zugmaschine angehängt haben und geflüchtet sein. Ein Zeuge konnte die Männer dabei beobachten und die Polizei verständigen.

Sofort eingeleitete polizeiliche Fahndungsmaßnahmen führten gegen 2.30 Uhr zur Ergreifung der Tatverdächtigen auf der A81 im Bereich der Anschlussstelle Weinsberg.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Heilbronn wurden die beiden rumänischen Staatsangehörigen am Montag einem Hafttrichter vorgeführt. Dieser erließ Haftbefehle wegen des bestehenden Verdachts des Diebstahls im besonders schweren Fall. Die beiden Männer wurden in U-Haft genommen. (red)

Kein zweites Frauenhaus: Bund verweigert Unterstützung

Viel Hoffnung hatte sich der Verein Frauen für Frauen nicht mehr gemacht, dass der Bund in die Finanzierung des dringend nötigen zweiten Frauenhauses einsteigt – doch die endgültige Absage, macht jetzt doch fassungslos.

VON JANNA WERNER

Viele Worte will Arezoo Shoaleh nicht mehr verlieren, die Enttäuschung steht ihr deutlich ins Gesicht geschrieben. Anfang der Woche kam die offizielle Absage vom Bund, dass Ludwigsburg mit seinem Projekt eines zweiten Frauenhauses nicht ins Programm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ aufgenommen wird. Benötigt wurden 3,8 Millionen Euro, zehn Prozent kämen vom Land, 90 vom Bund. Ein Haus, das entsprechend saniert würde, war bereits vorhanden.

Und nun? Keine Erweiterung der dringend benötigten Kapazitäten für Frauen

und Kinder als Opfer von Gewalt. Keine Förderung, obwohl das Land die Ludwigsburger Einrichtung priorisiert hat. Der Bedarf ist unumstritten: Ludwigsburg gilt mit nur 19 Frauenhausplätzen bei 545000 Einwohnern im Kreis als „weißer Fleck“ in der Versorgung. Kein Geld, obwohl die Istanbuler Konvention ratifiziert ist und der Bund ein Programm auferlegt hat – das von 120 Millionen Euro erst gekürzt und dann gestoppt wurde, weil es zu viele Anträge gab. Eine Neuaufgabe ist nicht geplant.

Die Begründung, dass nur noch Projekte Aufnahme gefunden haben, die bis zum Ende des Programms im Dezember 2024 Aussicht auf Fertigstellung haben, macht die pädagogische Leiterin von Frauen für Frauen fassungslos. Gestellt worden war der Antrag aus Ludwigsburg bereits im Mai 2022, allerdings hörte der Verein erst im April 2023 wieder vom Bund – da schon mit der Ankündigung, dass es jetzt ja wohl zu spät sei. Shoaleh: „Reine Hinhaltetaktik.“ Denn selbst dann noch hätte die Zeit wohl ausgereicht.

Und es ist ja nicht so, als hätte Frauen für Frauen wie so oft den Kampf alleine ausgefochten. Landrat Dietmar Allgaier war dabei wie Ludwigsburgs OB Matthias Knecht, die SPD-Kreistagsfraktion stellte Anträge und schrieb an das BMFSJ (Bundesministerium für Familie, Soziales und Jugend), Bundestagsabgeordnete setzten sich ein. Besonders hartnäckig war Stefan Bilger (CDU). Der hatte zuletzt im Juli auf eine Entscheidung gedrängt und war – wie alle Beteiligten und die Presse – erneut verärgert worden. Bilger: „Wir laufen gegen eine Wand.“

Was dies über den Bund aussagt? Arezoo Shoaleh: „Das Bundesministerium hat entschieden, nicht gemeinsam mit uns gegen Gewalt anzutreten.“ Und nun? „Wir werden – im Gegensatz zum BMFSJ – versuchen, Prioritäten so zu setzen, damit es von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern hilft, gewaltfrei aufzuwachsen und zu leben.“

Was bedeutet das? In Ludwigsburg ist seit Frühjahr 2022 ein Haus reserviert, das nach ihren Anforderungen eines offe-

nen Frauenhauses umgebaut und zu sehr günstigen Konditionen weitervermietet werden könnte. Der Vermieter spricht davon, das Haus noch bis Ende November halten zu können, dann gehe es in den freien Markt. Die Wohnungsnot, sagt er, setze hier Grenzen.

Wie das Landessozialministerium auf Anfrage sagt, wurden seit 2020 im Bundesprogramm 14 Anträge aus Baden-Württemberg gestellt, davon sind sechs in der Umsetzung. Drei weitere sollen bis Ende 2024 fertig werden. Fünf Anträge – darunter Ludwigsburg – gehen leer aus oder sind zurückgezogen.

Jetzt gäbe es noch die Chance, mit dem Land zu agieren. In Baden-Württemberg stehen jährlich für Bauvorhaben zur Förderung der Frauen- und Kinderschutzhäuser 3,3 Millionen Euro zur Verfügung, die Förderung beläuft sich aber nur auf 50 Prozent. Dies ist laut Frauen für Frauen nicht zu stemmen. Landrat Allgaier und auch OB Knecht haben erneute Gespräche zugesagt, die direkte Linie zum Bund ist allerdings erst mal gekappt.

KOMMENTAR

Nicht zu ertragen

VON JANNA WERNER

Das geht ganz kurz: Was sich der Bund hier erlaubt, ist ein Schlag ins Gesicht. In das Gesicht aller Frauen, die – eindeutig als Opfer von Gewalt anderer – auch noch betteln müssen um Schutz, um ein Versteck. Um ein Leben für sich und ihre Kinder ohne Angst. Weit über ein Jahr hat sich das Ministerium Zeit gelassen, um dann zu verkünden, dass jetzt die Zeit ausläuft. Genau: Jetzt ist aber wirklich mal genug, das muss jetzt reichen! Die Istanbuler Konvention zum Schutz von Frauen? Ein Papierfetzen. Es ist, wie es ist: unerträglich.



JANNA WERNER
janna.werner@lkz.de